

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Anton Friesen, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/7892 –

Standorte der Bundesbehörden in Deutschland (Aktueller Stand)

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach Einschätzung der Fragesteller sind Bundesbehörden in ostdeutschen Bundesländern stark unterrepräsentiert. Dies ging aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/1108 hervor. Demnach befand sich zu diesem Zeitpunkt nur jeder zehnte Hauptsitz und jede vierte Außenstelle einer Bundesbehörde in Ost-Deutschland.

Dabei profitieren Standorte von Bundesbehörden nach Ansicht der Fragesteller auf vielfältige Weise. Es entstehen nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Infrastruktur und regionale Wirtschaftskreisläufe. Darüber hinaus wird durch die lokale Etablierung von wichtigen Institutionen des Bundes das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen, den Behördenapparat und die Identität mit dem Staat gefördert. Deshalb ist es nach Auffassung der Fragesteller für das Gemeinwesen förderlich, wenn die Bundesbehörden gleichermaßen auf dem deutschen Staatsgebiet vertreten sind.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Allgemein:

Unter Bundesbehörden i. S. der Abfrage werden das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie das Presse und Informationsamt der Bundesregierung einschließlich ihrer Geschäftsbereichsbehörden und Einrichtungen sowie die Bundesgerichte verstanden. Bei den Ressorts wird unter Hauptsitz der 1. Dienstsitz verstanden, der 2. Dienstsitz wird in der Rubrik Außenstelle geführt.

Neue Bundesländer sind die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Bei der Frage nach dem Stellen-SOLL wird auf das jeweilige SOLL der Planstellen und Stellen (ohne Ersatz(plan)stellen) gemäß Haushaltsplan 2018 abgestellt.

Da zum Stichtag 31. Dezember 2018 das tatsächliche IST der Planstellen und Stellen (ohne Ersatz(plan)stellen) nach dem Haushaltsplan nicht vorgehalten wird

und nicht innerhalb der für die Beantwortung der Kleinen Anfrage vorgesehenen Frist abgefragt werden kann, wurde die Anzahl der vorhandenen Beamten, Richter und Soldaten sowie Tarifbeschäftigten (Vollzeitäquivalente) zum 31. Dezember 2018 ermittelt.

Da Tarifbeschäftigte auch auf Planstellen geführt werden können, können die IST-Angaben für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die SOLL-Angaben für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überschreiten.

Bei den Angaben für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) erfolgte eine Unterscheidung zwischen den Statusgruppen für militärisches Personal (Soldaten) und zivilem Personal (Beamte/Angestellte). Bei der Ermittlung des personellen IST wurden zusätzlich die außerhalb von Dienstposten geführten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt. Dies führt vor allem bei Dienststellen mit Lehrtätigkeit (z. B. Universitäten) aufgrund der Schülerzahlen zu einem deutlich höheren IST als dem vorgegebenen SOLL.

Zu einzelnen Bundesbehörden:

Bundesnachrichtendienst (Geschäftsbereich Bundeskanzleramt):

Die Beantwortung der Fragen 1 bis 3 kann aus Gründen des Staatswohls in diesem besonderen Einzelfall nicht in offener Form erfolgen. Die erbetenen Auskünfte zu Außenstellen und Mitarbeiteranzahl betreffen Strukturelemente des Bundesnachrichtendienstes. Aus ihrem Bekanntwerden könnten sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure Rückschlüsse auf Personalentwicklung, Modus Operandi sowie die Fähigkeiten und Methoden des Bundesnachrichtendienstes ziehen. Dadurch würde die Aufgabenerfüllung des Bundesnachrichtendienstes beeinträchtigt, was wiederum für die Sicherheit und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland nachteilig wäre. Diese Informationen werden daher als Verschlussache gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen (VS-Anweisung – VSA) mit dem VS-Grad „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft.¹

Bundespolizei (Geschäftsbereich Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat – BMI):

Die Beantwortung der Fragen 1 bis 3 erlaubt einen Rückschluss auf die zahlenmäßige Stärke der Bundespolizei. Durch das Bekanntwerden dieser Informationen wären Aussagen zu polizeifachlichen und einsatztaktischen Bewertungen sowie zu Einsatzschwerpunkten möglich. Demnach sind alle Übersichten und Statistiken, die einen Rückschluss auf die zahlenmäßige Stärke der Bundespolizei und ihrer nachgeordneten Dienststellen zulassen, als Verschlussache gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen (VS-Anweisung – VSA) mit dem VS-Grad „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft.¹

Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst BMAD – Geschäftsbereich BMVg):

Diese Informationen zum BMAD sind als Verschlussache gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen (VS-Anweisung – VSA) mit dem VS-Grad „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft.¹

¹ Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

1. In welchen Bundesländern haben derzeit (Stand: 31. Dezember 2018) welche Bundesbehörden ihren Hauptsitz, und wie viele Beamte und Angestellte arbeiten dort (bitte nach Bundesländern, Beamten und Angestellten aufschlüsseln (SOLL und IST))?
2. In welchen Bundesländern haben derzeit (Stand: 31. Dezember 2018) welche Bundesbehörden Außenstellen, und wie viele Beamte und Angestellte arbeiten dort (bitte nach Bundesländern, Beamten und Angestellten aufschlüsseln (SOLL und IST))?

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

Die erfragten Daten und Zahlen können der beigegeführten Anlage² entnommen werden. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV – Geschäftsbereich BMI):

Das BfV hat seinen Hauptsitz in Köln und einen weiteren Sitz in Berlin. Die gemeinsam mit den Ländern und dem BAMAD betriebene Akademie für Verfassungsschutz hat ihren Sitz in Swisttal, Nordrhein-Westfalen. Insgesamt beschäftigt das BfV 3 505 Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte.

Weitere offene Angaben im Sinne der Kleinen Anfrage, die Rückschlüsse auf die nachrichtendienstliche Arbeit des BfV zulassen, können eingestuft nur gegenüber dem Parlamentarischen Kontrollgremium bzw. dem Vertrauensgremium des Deutschen Bundestages mitgeteilt werden.

3. Plant die Bundesregierung die Verlegung von Bundesbehörden in die neuen Bundesländer?
 - a) Falls ja, wann, und welche?
 - b) Wie viele Arbeitsplätze werden dadurch entstehen (SOLL)?

Die Bundesregierung plant derzeit keine Verlegungen von Bundesbehörden in die neuen Bundesländer.

Sie wird aber entsprechend der Beschlüsse der Föderalismuskommission von Bundestag und Bundesrat vom 27. Mai 1992 neue Bundesbehörden und -einrichtungen vorrangig in den ostdeutschen Ländern ansiedeln.

Die Förderung von strukturschwachen Regionen ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, zu dem die Bundesregierung mit ihrem Geschäftsbereich ihren Beitrag leisten wird. Ausgedrückt wird dies u. a. durch die Einsetzung der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“. Die Bundesregierung wird die Empfehlungen beider Kommissionen bei ihren weiteren Planungen aufgreifen.

Bei einer (Neu-)Ansiedlung einer Behörde und bei der Frage, welche neuen Standorte bzw. Ausweitungen von Standorten in Betracht kommen, sind verschiedene Aspekte zu berücksichtigen (u. a. fachlicher Bedarf, personalplanerische, wirtschaftliche, technische und ggf. Sicherheitsaspekte).

² Von einer Drucklegung der Anlage wurde abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/8134 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

4. Plant die Bundesregierung, Hochschulen in den neuen Bundesländern zu errichten?
 - a) Falls ja, welche Hochschule soll in welchem Zeitraum an welchem Standort realisiert werden?
 - b) Falls nein, wieso nicht?

Die Errichtung von Hochschulen fällt grundsätzlich in die Kompetenz der Länder und erfolgt unter Berücksichtigung der in den Landeshochschulgesetzen enthaltenen Vorgaben. Eine Ausnahme sind Hochschulen des Bundes, die Personal für die Bundesbehörden und die Bundeswehr ausbilden. Die Bundesregierung plant derzeit keine Errichtung von Hochschulen.

Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Ostdeutschland hat sich seit der Wiedervereinigung gut entwickelt. Die Bundesregierung sieht in der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen des Bundes weiterhin eine Option, die Innovationsfähigkeit zu unterstützen.

5. Plant die Bundesregierung, Bundeswehrstützpunkte in den neuen Bundesländern zu errichten?
 - a) Falls ja, in welchem Zeitraum und an welchen Standorten?
 - b) Falls nein, wieso nicht?

Es gibt derzeit keine Planungen für neue Standorte in den neuen Bundesländern.

Die Einnahme des neuen Fähigkeitsprofils der Bundeswehr wird überwiegend auf derzeit vorhandenen Strukturen, Liegenschaften und Stationierungen aufbauen. Darüber hinaus wird im Zusammenwirken BMVg und BMI in der Wirtschaftsregion Leipzig/Halle die Agentur für Innovation in der Cybersicherheit mit einem Umfang von bis zu 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstehen.

Anlage

Frage 1 (Spalten 1-3, 5-8)

Frage 2 (Spalten 1-2, 4, 5-8)

1 Ressort (Name)	2 Bundes- behörde (Name)	3 Hauptsitz im Bundesland (Name)	4 Außenstelle im Bundesland (Name)	5		6		7		8
				Beamte	SOLL	Beamte	Angestellte	Beamte	Angestellte	
BKAmt		Berlin		481,5		252		362,051		316,5284
			Nordrhein- Westfalen	9		10		9.539		9,2116
AA		Berlin		1514 ¹		800,6		1.361		1.037
			Nordrhein- Westfalen	siehe oben		siehe oben		132		164
	Deutsches Ar- chäologisches Institut	Berlin		107 ²		90,5 ²		32		46
			Hessen	siehe oben		siehe oben		3		13
			Nordrhein-	siehe oben		siehe oben		6		3

¹ keine Aufteilung zwischen den beiden Dienstsitzen laut Stellenplan vorgesehen.

² keine Aufteilung zwischen den verschiedenen Abteilungen und Kommissionen laut Stellenplan vorgesehen.

Anlage

			Westfalen Bayern	siehe oben	siehe oben	4	1
BMI		Berlin		1.043,7	299,6	880,8	346,5
			Nordrhein- Westfalen	97,5	28	82,3	32,4
	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Ver- mögensfragen	Berlin		64	78	44,5	65,7
			Brandenburg	17,9	22	16,3	19,6
			Hessen	8	13,9	4,2	13,3
			Mecklenburg- Vorpommern	9	16	3	2
			Sachsen	16	16	10,6	13,6
			Sachsen-Anhalt	4	5	3,8	3,9
			Thüringen	14	18	9,6	17,6
	Bundes- ausgleichsamt	Hessen		10	11	10,7	6,6
			Berlin	6	3	6,5	2,7
	Bundes- akademie für öffentliche Ver- waltung	Nordrhein- Westfalen		37,5	8,5	30,7	9,5
			Berlin	4	0	4	0
	Statistisches Bundesamt	Hessen		653	783,8	462	1036
			Berlin	12,2	9,5	9	15
			Nordrhein- Westfalen	249,9	176,5	218	251
	Bundesverwal- tungsamt	Nordrhein- Westfalen		859	729	736,5	828,6
			Baden- Württemberg	162	137,5	129	144
			Bayern	105	89	35,9	137,9
			Berlin	303	257	211,4	316
			Brandenburg	201,7	171	148,5	223,5
			Hessen	169	143	81,1	200,3
			Mecklenburg-	50	42	30,1	73,3

Anlage

		Thüringen	4	28,5	4,0	30,5
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ³	Bayern		4.795,5	3.069,9	770,0	1494,3
		Baden-Württemberg			138,7	376,0
		Bayern			155,1	445,5
		Berlin			123	178,5
		Brandenburg			12,9	98,1
		Bremen			24,9	18,3
		Hamburg			48,3	67,8
		Hessen			76,8	213,4
		Mecklenburg-Vorpommern			18,4	51,6
		Nordrhein-Westfalen			268,6	673,8
		Niedersachsen			156,2	249,3
		Rheinland-Pfalz			54,9	102,5
		Saarland			27,7	34,4
		Sachsen			46,2	212,1
		Sachsen-Anhalt			19,8	100,9
		Schleswig-Holstein			42,3	94,9
		Thüringen			26,6	75,7
Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	Nordrhein-Westfalen		159,9	43,1	115	80
Bundeszentrale für politische Bildung	Nordrhein-Westfalen		91	90	37	124
		Berlin	4	22	4	22
Bundesanstalt	Berlin		464	190	194	290

³ Die im Jahr 2018 weitreichenden strukturelle Veränderungen im BAMF (z.B. Schaffung neuer Außenstellen des Bundesamtes in den AnKER-Zentren) wie auch die Übernahme neuer Aufgaben wie bspw. der Rückkehrberatung, macht eine Neuaustrichtung der organisatorischen Planungsgrundlagen, insbesondere im operativen Bereich des Hauses erforderlich. In diesem Kontext war es daher für 2018 nicht möglich belastbare Aussagen zu SOLL-Ausstattungen in den operativen Einheiten des Bundesamtes zu treffen. Es erfolgt daher lediglich eine jeweilige Nennung der Gesamtanzahl für den Bereich der Beamten und Angestellten.

Anlage

BGH	Sachsen	5 +7 RiSt	5	4,8 +7 RiSt	4,4
Bundesverwaltungsgericht	Sachsen	74 +57 RiSt	57	66,77 +56 RiSt	55,89
BMF	Berlin	1509,8 ⁵		404,7 ⁵	1757,63
	Nordrhein-Westfalen		154,87		
Bundeszentralamt für Steuern	Nordrhein-Westfalen	1.292,5	139,5	1.172	121
	Berlin	190	14	129	16
	Brandenburg	101	10	100	10
	Saarland	222	20	207	20
ITZBund	Nordrhein-Westfalen	550,2	164,4	310,5	308,9
	Baden-Württemberg	118,3	12,0	105,4	24,5
	Bayern	81,4	20,4	19,2	67,6
	Berlin	311,9	78,0	170,2	186,9
	Hamburg	89,0	19,7	81,5	16,2
	Hessen	533,1	133,2	297,7	291,8
	Niedersachsen	63,3	5,8	52,1	11,5
	Nordrhein-Westfalen	319,7	92,5	183,1	171,9
	Rheinland-Pfalz	0	2	0	1,8
	Thüringen	175,8	43,9	34,9	177,3
Zollverwaltung gesamt ⁶		41.403,68			
Generalzoll- direktion	Nordrhein-Westfalen			224,63	78,13
	Baden-Württemberg			320,22	132,18

⁵ Keine Aufteilung zwischen den beiden Dienstsitzen laut Stellenplan vorgesehen.

⁶ Die Planstellen/Stellen der Zollverwaltung werden zentral bewirtschaftet. Nicht mit Beschäftigten verknüpfte Planstellen/Stellen können daher nicht einzelnen Behörden der Zollverwaltung bzw. Bundesländern zugeordnet werden.

Anlage

	Frankfurt/Main	Hessen					908,32	60,74
	Gießen	Hessen					710,12	66,18
	Hamburg-Hafen	Hamburg					868,63	41,47
	Hamburg-Jonas	Hamburg					83,07	15,31
	Hamburg-Stadt	Hamburg					557,90	37,61
			Mecklenburg-Vorpommern				18,55	0,77
	Hannover	Niedersachsen					530,73	75,60
	Heilbronn	Baden-Württemberg					423,73	34,14
	Itzehoe	Schleswig-Holstein					342,62	34,05
			Hamburg				154,36	0
			Niedersachsen				99,90	1,00
	Karlsruhe	Baden-Württemberg					528,13	33,12
			Rheinland-Pfalz				47,95	4,50
	Kiel	Schleswig-Holstein					746,01	39,69
			Mecklenburg-Vorpommern				7,00	1,0
	Koblenz	Rheinland-Pfalz					542,97	59,13
			Saarland				10,21	0
	Köln	Nordrhein-Westfalen					743,66	37,44
	Krefeld	Nordrhein-Westfalen					341,75	25,20
	Landshut	Bayern					460,59	37,04
	Lörrach	Baden-Württemberg					733,39	53,45
	Magdeburg	Sachsen-Anhalt					403,62	55,42
			Niedersachsen				21,95	0
	München	Bayern					712,69	72,94
	Münster	Nordrhein-Westfalen					397,70	71,42
	Nürnberg	Bayern					451,79	38,20
	Oldenburg	Niedersachsen					533,39	31,20
	Osnabrück	Niedersachsen					343,29	57,97
			Bremen				6,00	0

Anlage

	Potsdam	Brandenburg					532,79	44,18
			Berlin				155,31	0
	Regensburg	Bayern					693,02	55,69
	Rosenheim	Bayern					419,71	27,89
	Saarbrücken	Saarland					271,22	14,87
			Rheinland-Pfalz				138,60	6,50
	Schweinfurt	Bayern					450,79	17,94
	Singen	Baden-Württemberg					748,07	65,27
	Stralsund	Mecklenburg-Vorpommern					822,27	38,87
	Stuttgart	Baden-Württemberg					440,85	37,28
	Ulm	Baden-Württemberg					576,12	53,29
			Bayern				8,00	0
	Zollfahndungsämter:							
	Berlin Brandenburg	Berlin					176,70	12,78
			Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern				157,13	3,92
							14,00	2,00
	Dresden	Sachsen					241,72	10,97
			Thüringen				10,75	0
	Essen	Nordrhein-Westfalen					322,16	16,19
			Niedersachsen				12,00	1
	Frankfurt/Main	Hessen					178,78	11,35
			Rheinland-Pfalz				98,05	3,00
			Saarland				21,66	1,00
	Hamburg	Hamburg					187,27	5,65
			Bremen				21,75	1,00
			Mecklenburg-Vorpommern				55,35	4,00
			Schleswig-Holstein				56,15	2,50
	Hannover	Niedersachsen					149,78	11,13
			Bremen				50,45	1,97

Anlage

				184	25	180	21
		Nordrhein-Westfalen					
		Schleswig-Holstein		40	17	39	16
		Hamburg		45	6	44	5
		Mecklenburg-Vorpommern		26	2	26	2
		Bremen		36	4	34	3
		Niedersachsen		101	3	100	2
		Sachsen-Anhalt		19	2	18	1
		Berlin		35	13	33	11
			Berlin	81	21	80	21
		Brandenburg		22	6	21	5
		Thüringen		17	5	15	3
		Sachsen		68	9	67	8
		Hessen		94	7	92	6
		Rheinland Pfalz		23	3	18	1
			Rheinland Pfalz	317	46	310	45
		Saarland		56	12	55	11
		Bayern		156	32	154	30
		Baden Württemberg		160	20	156	18
			Niedersachsen	299	325,5	184,37	457,73
	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe				siehe oben	15,03	46,22
			Berlin	478,8	167,3	376,2	226,5
			Nordrhein-Westfalen	335,7	117,2	253,8	168,8
			Nordrhein-Westfalen	353,8	139,3	270,45	158,48
			Niedersachsen	17,5	5	14,215	5
			Hessen	16	2	15,91	3
			Nordrhein-Westfalen	21	5	20,8	5,79
			Berlin	15	3	13	1,65
			Bayern	22	3	15,39	6,26

Anlage

	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	Nordrhein-Westfalen		164,5	232,5	117,3	262,8
			Berlin	52,5	82,5	22,5	107,1
			Sachsen	8	29,5	5	28,6
	Bundesarbeitsgericht	Thüringen		86	70	70,5	63,1
	Bundessozialgericht	Hessen		68	70	58,5	70,19
BMEL		Nordrhein-Westfalen		475	137	404,7	176,3
			Berlin	248	71	188,5	98,5
	Julius Kühn-Institut	Sachsen-Anhalt		38	99	33	103
			Baden-Württemberg	6	24	5	25
			Berlin	12	61,8	10	63,8
			Brandenburg	21	47,9	18	50,9
			Hessen	6	12,5	6	12,5
			Mecklenburg-Vorpommern	12	32,5	8	36,5
			Niedersachsen	91	218,4	74	229,9
			Nordrhein-Westfalen	2	7,25	2	7,25
			Rheinland-Pfalz	8	44,9	8	44,9
			Sachsen	6	28,3	5	28,3
	Friedrich-Loeffler-Institut	Mecklenburg-Vorpommern		84,5	267,3	74	265,3
			Niedersachsen	23	147,5	17,5	148,1
			Thüringen	23	88	12	93,6
	Max Rubner-Institut	Baden-Württemberg		61,5	137,7	38	145,2
			Bayern	17	54	10	58
			Nordrhein-Westfalen	15	62	11	72,3
			Schleswig-Holstein	25	97	17	106,5

Anlage

	Thünen-Institut	Niedersachsen			91	168,8	62,5	172,5
			Brandenburg		9	30	7,5	35
			Bremen		24	91,5	13	70
			Hamburg		29	57,5	24,5	70
			Mecklenburg-Vorpommern		10	38	8	33
			Schleswig-Holstein		12	68,5	12	70
	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	Niedersachsen		100,8	84,9	58,9	98,0	
			Berlin	282,6	129,5	152,6	218,7	
	Bundessortenamt	Niedersachsen		44	141,3	44	140,1	
			Niedersachsen	2	33,7	2	34,2	
			Rheinland-Pfalz	1	7,1	1	6,1	
			Sachsen	1	24,4	1	23,6	
			Sachsen-Anhalt	1	9,7	1	9,7	
			Thüringen	0	8,3	0	8,3	
BMVg				Soldaten	Beamte/Angestellte	Soldaten	Beamte/Angestellte	
	Bundesministerium der Verteidigung	Nordrhein-Westfalen		458	857	453	825	
	Bundesministerium der Verteidigung		Berlin	681	718	646	648	
	Bildungszentrum der Bundeswehr	Baden-Württemberg		10	195	19	187	
	Bildungszentrum der Bundeswehr		Bayern		44		43	
	Bildungszentrum der Bundeswehr		Berlin		41		44	

Anlage

	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	Hessen	22	79	22	77
	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	Niedersachsen	2	120	2	212
	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	Rheinland-Pfalz	0	18	0	17
	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	Sachsen	0	87	0	94
	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	Schleswig-Holstein	2	130	2	131
	Kommando Cyber- und Informationsraum	Nordrhein-Westfalen	461	116	427	79
	Bundesspra-chenamt	Nordrhein-Westfalen	15	494	15	542
	Bundesspra-chenamt	Baden-Württemberg	3	40	3	40
	Bundesspra-chenamt	Bayern	0	40	0	36
	Bundesspra-chenamt	Berlin	0	28	0	27

Anlage

	Bundesstelle für Eisenbahnunfalluntersuchung	Nordrhein-Westfalen				7			6	1
		Nordrhein-Westfalen			5				1	
		Mecklenburg-Vorpommern		2	1	1	2		1	2
		Berlin			2				2	
		Hessen			3				1	
		Baden-Württemberg			2				2	
		Bayern			5				5	
	Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung	Hamburg			6		6		4	7
	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung	Hessen			90		9		61,2	18,2
	Dienststelle Flugsicherung beim Luftfahrt-Bundesamt	Hessen			8		1		7	1
	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	Keine Standort-spezifische Soll-Ausstattung			255		564,5			
		Hamburg							142	409
		Mecklenburg-Vorpommern							16,5	150
	Bundesanstalt für Gewässerkunde	Rheinland-Pfalz			81		218		45	220,5
	Bundesanstalt für Wasserbau	Baden-Württemberg			63		177		48,5	180,5
		Hamburg			15		80		11	85
	Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen	Niedersachsen			58		43		52,7	121,7
		Schleswig-			1		8,5			8,2

Anlage

					Brandenburg			2	15,5
					Nordrhein- Westfalen			34,5	50
					Schleswig- Holstein			47,5	66
	Neubauamt Hannover		Niedersachsen					10	93,5
	<i>Wasserstraßen- Neubauämter:</i>								
	Aschaffenburg Berlin		Bayern Berlin					7 10,5	69,5 95,5
	Datteln		Nordrhein- Westfalen					8	137,5
	Helmstedt		Niedersachsen					4	57
	Magdeburg		Sachsen-Anhalt					10	90
	<i>Wasser- und Schiffahrts- ämter:</i>								
	Aschaffenburg Berlin		Bayern Berlin					30 17	258,5 332
	Bingen		Rheinland-Pfalz					8,5	169,5
	Brandenburg		Sachsen-Anhalt					11,5	208
	Braunschweig		Niedersachsen					12	152
	Bremen		Bremen					23	211
	Bremerhaven		Niedersachsen					16,5	164,5
	Brunsbüttel		Niedersachsen					39,5	302,5
	Cuxhaven		Niedersachsen					25	187,5
	Dresden		Sachsen					10	161
	Duisburg- Meiderich		Nordrhein- Westfalen					28	339
	Duisburg-Rhein		Nordrhein- Westfalen					7,5	164
	Eberswalde		Brandenburg					16	347,5
	Emden		Niedersachsen					23	213,5
	Freiburg		Baden- Württemberg					11	135
	Hamburg		Hamburg					23	171
	Hannover- Münden		Niedersachsen					12	124

Anlage

	Heidelberg	Baden-Württemberg					16,5	251,5
	Kiel-Holtenau	Schleswig-Holstein					47	331,5
	Koblenz	Rheinland-Pfalz					33	325
	Köln	Nordrhein-Westfalen					7	85,5
	Lauenburg	Schleswig-Holstein					13	299,5
	Lübeck	Schleswig-Holstein					23	186
	Magdeburg	Sachsen-Anhalt					16	267,5
	Mannheim	Rheinland-Pfalz					7,5	133
	Meppen	Niedersachsen					16	164
	Minden	Nordrhein-Westfalen					20	223,5
	Nürnberg	Bayern					33,5	268
	Regensburg	Bayern					26,5	238
	Rheine	Nordrhein-Westfalen					19,5	247
	Saarbrücken	Saarland					11	103,5
	Schweinfurt	Bayern					32	256
	Stralsund	Mecklenburg-Vorpommern					20,5	206,5
	Stuttgart	Baden-Württemberg					16,5	224,5
	Tönning	Schleswig-Holstein					14,5	150
	Trier	Rheinland-Pfalz					26	171,5
	Uelzen	Niedersachsen					15	154,5
	Verden	Niedersachsen					17	159,5
	Wilhelmshaven	Niedersachsen					36	248,5
	Amt für Neckar- ausbau	Baden-Württemberg					6	44,5
BMU		Nordrhein-Westfalen					369,7	205,6
							148,3	
		Berlin					171,2	237,2
							426,4	
							428,5	
							494,9	

Anlage

	Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit	Berlin		97,5	8,5	17,4	34,9
			Niedersachsen	122,5	49,9	58,8	76,8
			Nordrhein-Westfalen	7	1,5	5,5	2,8
	Bundesamt für Naturschutz	Nordrhein-Westfalen		146	58,7	140,25	57,15
			Sachsen	12,8	9,75	14,8	10,5
			Mecklenburg-Vorpommern	22,5	23,35	26,25	24,15
	Bundesamt für Strahlenschutz	Niedersachsen		236	91,2	131	152
			Berlin	50,6	54,9	33	70
			Bayern	77,9	77,4	37	104,5
			Baden-Württemberg	18	14,2	7	21
			Nordrhein-Westfalen	15	6	11	10
			Schleswig-Holstein	6	2	5	2
			Sachsen-Anhalt	2	0	0	2
	Umweltbundesamt	Sachsen-Anhalt		375	406,5	252,3	626,1
			Berlin	148	241,9	104,2	353,8
			Sachsen	3	42,8	2,9	52,1
			Hessen	2	24,4	1,5	23,5
			Baden-Württemberg	0	3,8	0	3,7
			Bayern	2	2	2	2
			Schleswig-Holstein	0	1	0	1
			Mecklenburg-Vorpommern	0	1	0	1
			Brandenburg	0	3	0	3
			Thüringen	2	1,5	2	1,5
			Niedersachsen	3	2,5	0	2,0

Anlage

BMBF		Nordrhein-Westfalen		566,5	208,5	522	194
		Berlin		275	83	275	83
BMZ		Nordrhein-Westfalen		400,5	112	349	191
		Berlin		285,5	90	224	132
BKM		Nordrhein-Westfalen		119,5	22,8	111,4	31,4
		Berlin		110	20	91,9	44,2
	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR	Berlin		213	712	154,55	667,08
		Brandenburg		9	43	7,49	44,21
		Mecklenburg-Vorpommern		15	99	12,31	107,56
		Sachsen		22	129	18,92	148,72
		Sachsen-Anhalt		16	73	13,31	85,41
		Thüringen		22	96	18,94	108,60
	Bundesarchiv	Rheinland-Pfalz		303	594,4 ⁹	111	136
		Berlin				95	414
		Brandenburg				9	29
		Baden-Württemberg				40	42
		Bayern				6	19
		Nordrhein-Westfalen				7	9
	Bundesinstitut für die Kultur und Geschichte der Deutschen	Niedersachsen		10	9	6,5	5,5

⁹ Die Soll-(Plan-)Stellen können nicht einzelnen Dienstorten zugeordnet werden. Daher erfolgt hier nur die Angabe der Gesamt-Soll-(Plan-)Stellen.

